

Kernpunkte 7

Juli 2012 / Kurzdokumentation zur Kernenergiediskussion: Tatsachen und Argumente

IEA sieht Schweizer Energiepolitik vor grossen Herausforderungen

Die Schweizer Energiepolitik steht mit dem Entschluss zum Ausstieg aus der Kernenergie vor «grossen Herausforderungen». Dies stellt die Internationale Energieagentur (IEA) anlässlich der Veröffentlichung des Berichts «Energy Policies of IEA Countries – Switzerland 2012 Review» fest. Zudem sieht die IEA «Schwierigkeiten» bei der Stabilisierung des Stromverbrauchs nach 2020. Die Schweiz sei heute in der komfortablen Lage einer weitgehend CO₂-freien Stromerzeugung, so die IEA im Bericht. Der Atomausstieg sei ein «ehrgeiziges Ziel» und die vom Bundesrat bisher skizzierten Massnahmen reichten zur Zielerreichung nicht aus, sondern es müsse eine detailliertere Planung betrieben werden. Die IEA unterzieht die Energiepolitik ihrer Mitgliedsländer alle fünf Jahre einer Überprüfung. Zu diesem Zweck führte ein internationales Review-Team im November 2011 eingehende Gespräche mit Fachpersonen aus Behörden, Energieunternehmen, Verbänden und 35 weiteren Organisationen durch.

Tiefenlager: geringe Auswirkung auf Wirtschaft

Ein geologisches Tiefenlager für radioaktive Abfälle hätte nur geringe wirtschaftliche Vor- und Nachteile für die Standortregion. Dies ist das Ergebnis des ersten Teils einer kantonsübergreifenden sozioökonomisch-ökologischen Wirkungsstudie des Bundesamts für Energie (BFE) in allen potenziellen Standortregionen. Sowohl die positiven als auch die negativen Wirkungen liegen über den gesamten Zeitraum vom Bau des Felslabors bis zum Verschluss der Anlagen (laut BFE rund 100 Jahre), deutlich unter einem Prozent der heutigen regionalen Wertschöpfung, Beschäftigung und des Steueraufkommens. Die sozialen und ökologischen Auswirkungen eines Tiefenlagers werden, nach Einengung der Standortvorschläge durch die Nagra, im zweiten Teil

der Wirkungsstudie untersucht. Mit dem Schlussbericht ist gemäss BFE im Sommer 2013 zu rechnen.

Schweizer Kernkraftwerke widerstehen schweren Erdbeben

Alle Schweizer Kernkraftwerke halten einem Erdbeben, wie es in 10'000 Jahren höchstens einmal vorkommt, stand. Im Falle eines solchen sehr schweren Erdbebens entstehen somit für Mensch und Umwelt keine Schäden infolge Strahlung. Zu diesem Schluss kommt das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) nach Überprüfung der Nachweise der Kernkraftwerksbetreiber. Bei den Untersuchungen berücksichtigt wurden auch erdbebenbedingte Hochwasser. Die aktuellen Nachweise basieren auf einer Zwischenberechnung einer laufenden Erdbebengefährdungsanalyse und werden in nächster Zeit aktualisiert.

NEA fordert mehr Tempo bei Kernkraftwerksbau

Die Kernenergie kann bei der Erreichung der künftigen Klimaziele eine wichtige Rolle spielen und gleichzeitig eine günstige und verlässliche Stromversorgung sicherstellen. Um dies zu gewährleisten, sei jedoch das Tempo beim Ausbau der globalen Kernkraftwerkskapazität zu erhöhen, stellt die Kernenergieagentur (NEA) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in einem jüngst veröffentlichten Bericht fest. Darin beleuchtet sie die Kernenergieszenarien verschiedener Organisationen und analysiert das sogenannte Blue-Map-Szenario der Internationalen Energieagentur (IEA). Dieses Szenario rechnet mit einer installierten Kernkraftwerksleistung von 1'200 Gigawatt im Jahr 2050, das heisst rund dreimal mehr als heute. Damit könnten die energiebedingten weltweiten CO₂-Emissionen im Vergleich zu 2005 halbiert werden. Wie bereits

Redaktion:
M.-F. Aepli, R. Bilang,
M. Brugger, M. Rey,
M. Schorer, D. Stebler

Nuklearforum Schweiz
Postfach 1021
3000 Bern 14
Telefon 031 560 36 50
Telefax 031 560 36 59
info@nuklearforum.ch
www.nuklearforum.ch

Erscheint 12-mal jährlich
ISSN 1421-0347

© 2012 by Nuklearforum Schweiz

die IEA ausgewiesen hat, müssten dafür bis 2050 jährlich 30 neue Kernkraftwerke gebaut werden. Die NEA hält im Bericht fest, dass die jährliche Zubaurate von Kernkraftwerken noch erheblich zunehmen müsste, um dieses Ziel zu erreichen. Die NEA-Experten halten dieses Szenario auch nach dem Reaktorunfall im japanischen Fukushima-Daiichi immer noch für wahrscheinlich.

Asiatisch-pazifische Energieminister fördern Kernenergie

Am 24. und 25. Juni 2012 trafen sich die Energieminister der Asia-Pacific Economic Cooperation (Apec) in St. Petersburg. Sie bezeichnen die Kernenergie als «umweltfreundliche, saubere Technologie» und schreiben ihr eine wichtige Rolle im zukünftigen Strommix der Region zu. Die Schlussklärung der Tagung fordert zusätzliche Bemühungen bei der Nuklearsicherheit. Unter anderem soll die Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) gestärkt werden. Länder, die schon Kernkraftwerke betreiben, sollen ihr Wissen mit Staaten teilen, die neu in die Kernenergienutzung einsteigen wollen. Die Energieminister wollen in der Aufarbeitung des Fukushima-Reaktorunfalls eng zusammenarbeiten. Von Japan erwartet die Apec, dass es diesen internationalen Ansatz unterstützt, indem das Land seine Erfahrungen und Lehren aus Fukushima-Daiichi weitergibt.

Fukushima-Unfall: von Menschen verursacht

Eine vom japanischen Parlament eingesetzte Untersuchungskommission hat am 5. Juli 2012 ihren Bericht zum Reaktorunfall von Fukushima-Daiichi veröffentlicht. Der Unfall wäre vorhersehbar gewesen und hätte verhindert werden können, hält sie im Bericht fest. Die Kommissionsmitglieder schreiben die Unfallursache nicht dem unkalkulierbaren Restrisiko zu. Sie kritisieren vielmehr die mangelhafte Sicherheitskultur auf Behörden- wie auch Betreiberbene. Die zehn Kommissionsmitglieder aus Privatwirtschaft und Forschung sehen die Ursache für den Reaktorunfall in der Struktur der Behörden und des «japanischen Systems» als Ganzem. Mitverantwortlich für den Unfall seien auch die kulturellen Konventionen Japans, wie etwa die Neigung, Autoritäten nicht zu hinterfragen, reflexartig zu gehorchen oder sich an Systemen und Abläufen festzuklammern.

Belgien: Laufzeitverlängerung für Stromversorgungssicherheit

Belgien hat bereits 2003 ein Gesetz verabschiedet, das mit dem Verbot des Baus neuer Kernkraftwerke und der Begrenzung der Betriebsdauer der bestehenden Blöcke auf 40 Jahre den schrittweisen Ausstieg des Landes aus der Kernenergie von 2015 bis 2025 vorsieht. Von diesem Ausstiegsplan darf allerdings laut Gesetz aus dringenden Gründen abgewichen werden, zu denen auch die Versorgungssicherheit gehört. Die Regierung unter Premier Van Rompuy hiess 2009 eine Verschiebung der Stilllegung der drei ältesten Kernkraftwerksblöcke des Landes um zehn Jahre gut. Auch die vorhergehende Regierung Leterme hatte sich bereits für eine Verschiebung des Kernenergieausstiegs ausgesprochen. Melchior Wathelet, der belgische Staatssekretär für Umwelt der neuen Regierung Di Rupo, kündigte Ende 2011 an, die drei ältesten (Doel-1 und -2 sowie Tihange-1) der sieben belgischen Kernkraftwerkseinheiten dennoch bereits 2015 vom Netz nehmen zu wollen. Zur Sicherung der nationalen Stromversorgung hat Wathelet seinen Plan in der Zwischenzeit überarbeitet. Nun soll die Laufzeit von Tihange-1 um zehn Jahre bis 2025 verlängert werden. Die übrigen vier Blöcke (Doel-3 und -4 sowie Tihange-2 und -3) sollen wie bereits angekündigt bis 2025 abgeschaltet werden. Der engere Ministerrat beschloss nun am 4. Juli 2012, Wathelets überarbeiteten Plan anzunehmen.

Die Vereinigten Arabischen Emirate bauen ein Kernkraftwerk

Die nukleare Aufsichtsbehörde der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) hat am 17. Juli 2012 der Erteilung einer Baubewilligung für das erste Kernkraftwerk des Landes zugestimmt. Die VAE planen am Standort Barakah insgesamt vier Einheiten südkoreanischer Bauart. Barakah befindet sich in der westlichen Region des Emirats Abu Dhabi am Persischen Golf. Die Betriebsaufnahme der vier Einheiten soll zwischen 2017 und 2020 erfolgen. Ende 2011 hatte eine Delegation von Sicherheitsexperten der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) die regulatorischen Mechanismen im Land überprüft und die damals neu geschaffene Nuklearaufsichtsbehörde für die Einführung und Umsetzung eines hohen Sicherheitsstandards gelobt.

Die «Kernpunkte» können Sie auch als elektronischen Newsletter unter www.nuklearforum.ch bestellen.